

Saale-Beitung.

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Fig. folde aus Halle mit 15 Fig. berechnet und in der Expedition, von untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Erhöhet jährlich (höchst mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

(Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei dreimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befreiung. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5882 des amtl. Zeit.-Verz. Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Jordan in Halle. (Hauptredaktion mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Sechszwanzigster Jahrgang.

Nr. 363.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 6. August

1892.

Die Zollverhandlungen mit Rußland.

So lange es ein deutsch-russisches Handels- und Wirtschaftsverhältnis giebt, so lange auch wird von Deutschland aus verhandelt, die wirtschaftlich so ungewerdigen Nachbar zu festen Vereinbarungen zu bewegen, und immer bisher ist es vergeblich gewesen. Die unerwartet hohe Preis der russischen Regierung war dies ganze Jahrhundert hindurch (in früheren Zeiten natürlich erst recht), die völlige Autonomie der Zollgesetzgebung zu behalten und auch nicht um vorübergehender Vortheile willen selbst das kleinste Zugeständnis zu machen. Vor allem hat Rußland seine Zölle niemals binden wollen. Es tritt deshalb ein ganz neues Moment in die Geschichte der deutsch-russischen Handelsbeziehungen durch den soeben ausgesprochenen Wunsch der russischen Regierung, der deutsche Differentialzoll auf Getreide möge beseitigt werden. Da man in Petersburg selbstverständlich wissen muß, daß dieser Wunsch nur bei entsprechenden russischen Zugeständnissen durchführbar ist, so hat damit die russische Regierung einen bisher niemals versuchten Schritt zur Annäherung gethan, und wir glauben, daß man diesen Vorgang mindestens als symptomatische Erscheinung aufmerksamer beachten sollte. Da aus den eingeleiteten Verhandlungen ein positives Ergebnis herauskommt, kann natürlich im Augenblick niemand wissen. Die Regierungen werden tiefes Schweigen beobachten, bis sie zu einer Verständigung oder zu einem Mißerfolge gekommen sind, und die Umgebend der deutschen Erwerbsewelt wird sich zügeln müssen. Aber auf irgend ein Resultat, sei es auch noch so bescheiden, wird man doch wohl rechnen dürfen, da die Situation, wie gesagt, eine grundständig andere als bei früheren Verhandlungen ist, indem die Anregung von Petersburg und nicht von Berlin ausgegangen ist.

Wir wollen nicht oft Gefagtes wiederholen, indem wir auf die verhältnismäßig günstige Stellung hinweisen, die in diesen Verhandlungen Deutschland haben wird. Es ist ja klar, daß wir als diejenigen, von denen sich Rußland etwas ausbittet, zu bestimmen haben, wofür wir das Erbetene hingeben wollen. Wenn die Russen meinen sollten, sie könnten uns mit ganz geringen Zugeständnissen befriedigen, da ja das deutsche Interesse sogar an einer minimalen Erleichterung der Einfuhr nach Rußland offensichtlich sei, so wird ihnen wahrscheinlich erwidert werden, daß wir dies erwidrende Grenzverhältnis lange genug ertragen haben, um es vielleicht noch eine Weile länger zu ertragen. Die Einsicht in die ungleich bequemere deutsche Position bei diesen Verhandlungen ist übrigens so allgemein und so selbstverständlich, daß sie auch im Auslande, und nicht am wenigsten in Rußland selbst, kaum Widerstand findet.

Eines nun aber halten wir für zwar selbstverständlich, aber zugleich für so wichtig, daß man es wohl anzusprechen darf, obwohl es sich von selbst versteht. Ein Fehler wäre es diese wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit Dingen zu beladen, die aus der eigentlichen Politik, aus dem politischen Verhältnis beider Länder zu einander hergenommen würden. Die Russen fangen es von ihrem Standpunkte aus ganz ungenügend und nichtern an. Sie geben nicht vor, uns politisch näher treten zu wollen, sondern einzig und allein eine totalitäre wirtschaftspolitische Maßregel müßten sie durchzuführen zu sehen. Von unserer Seite sollte zum Entzettel nicht geschehen, was etwa die Meinung erzeugen könnte, daß wir diese rein sachlichen Beratungen zur Erreichung von Nebenzielen benutzen möchten. Die Regierung hat derartige Absichten gewiß nicht; aber in einem Theile der öffentlichen Meinung finden wir die Spuren eines halbtönen Sanguinismus, der über die Vermischung von wirtschaftlichen und rein politischen Fragen mit der ganzen Lebhaftigkeit einer oberflächlichen Hoffungsgeiligkeit hinwegkommt.

Es ist nicht ohne Interesse, auf die deutsch-russischen Zollverhältnisse während der letzten Jahrzehnte einen kurzen Blick zu werfen und dabei der Führung eines Mannes, wie Fürst Bismarck, zu folgen. Wierichtig ist der ehemalige Reichskanzler in den 70er Jahren zu Meinungsäußerungen über unser handelspolitische Verhältnis zum Zarenreiche veranlaßt worden, und er hat sowohl in seiner freisündlichen Periode wie später als Schützöller Ansicht entwickelt, deren Gleichartigkeit einengenmaßen für ihre Objektivität spricht. In der That müssen wir sagen, daß gegen die damalige Haltung des Fürsten nicht viel einzuwenden ist. Was sollte wohl auch getan werden können, wenn derjenige, mit dem man verhandeln möchte, durchaus jede Verhandlung ablehnt, wie es Rußland doch konsequent gethan hat? Am 9. Juli 1873 erklärte Fürst Bismarck im Reichstage:

Die kaiserlich russische Regierung ist zum Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages gegenwärtig gern geneigt, sobald derselbe sich der Bestätigung und Bestimmung über Zollfragen ganz enthält. Die Zollfragen wünscht sie davon auszuscheiden und ihren Tarif nicht einem Abkommen mit Nachbarn zu unterwerfen. ... Jeder Staat, namentlich aber große Reiche wie Rußland, entnehmen ihre Politik ihren eigenen Traditionen, ihrer eigenen Verfassung, der Bedeutung dieses Reiches und ihres Volkes. ... Russische Regierungen würden nicht wohl thun ihrer eigenen Bevölkerung zu erlauben zu geben, daß sie den Interessen eines noch so befreundeten Nachbarlandes Interessen und Tarifpositionen opfern, die sie sonst lieber aufrecht erhalten würden. ...

Am 5. Dezember 1876 hielt Fürst Bismarck eine lange Rede über die russische Politik und die damals zur Entscheidung dringende orientalische Frage; es war das jene Rede, in der das berühmte Wort von den gesunden Knochen des pommerischen Müllers fiel. Auf diese hochpolitische Seite der damaligen Auseinandersetzungen wollen wir uns hier nicht einlassen, sondern nur die wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte in der Rede des ehemaligen Reichskanzlers hervorheben. Der Fürst sagte:

„Ich bin mit dem Herrn Vordränger der Ueberzeugung, daß die russische Regierung sich in ihrer Politik auf einem Irrwege befindet. ... Ich wünsche, ich könnte sie auf andere Wege bringen, ich wünsche, ich könnte sie überzeugen und überreden; so lange sie aber das nicht selbst befragt, so lange sie sich nicht selbst überlegt, wird ein fremder Minister, der den Russen als Interessent für andere verächtlich ist, darüber eine noch geringere Autorität sein als die vielen theilnehmigen Russen. ... Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir anderwärts irgend einen Preis fordern könnten, und wenn es etwas Derartiges verlangte, so ist die Förderung von Preisen immer etwas Nichtiges. Man muß sich bei dem, was man in der Politik will, immer nur nach den eigenen Landesinteressen richten, nicht aber nach Preisen, die ein Fremder bietet. ... Die politischen Verhältnisse balancieren sich in sich; die Welpfung der wirtschaftlichen kann man nur auf wirtschaftlichem Gebiete suchen.“

Ein drittes Mal kam Fürst Bismarck, am 25. Febr. 1878, auf die Frage des deutsch-russischen Grenzverkehrs zu sprechen. Der Fürst hatte zu seinem Bedauern zu konstatieren, daß die jahrelang geführten Verhandlungen über Erleichterung des Grenzverkehrs wieder einmal mislungen seien, und er fuhr fort: „Ob wir auf dem Wege der Unterhandlung und des fortgesetzten Bestrebens, die russische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Theorie die unrichtige und unsere die richtige sei, Vortheil haben werden, das ist zu wünschen, aber ich habe kein sehr großes Vertrauen darauf. Für meine Ueberzeugung liegen nach wie vor die einzigen Maßregeln, durch die wir eine Wirkung auf die russische Zollgesetzgebung erzielen können, in der Abwehr durch unsere eigene Zollgesetzgebung vermöge der Differenz. ... Wenn wir einen solchen einseitigen Zoll auf alle russischen Produkte legen, die unsere Grenzen passieren, dann glaube ich, daß dies Argument schließlich nicht ohne Einfluß auf Rußland bleiben wird.“

Dies Argument, von dem damals Fürst Bismarck sprach, ist inzwischen durch die Fügung der Lufschiffe im Differentialzoll vollständig zu einer Nullstelle geworden, und so darf man wirklich hoffen, daß die jetzigen Verhandlungen doch noch ein Ergebnis haben werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. August. Aus Gwos' wird gemeldet: Bei dem heutigen Wettagelb kam wiederum die kaiserliche Nacht „Cyperance“ als erste am Ziel an. Da sie jedoch der Nacht „Cyperance“ einen Zeitvorsprung von 20 Minuten hatte bewilligen müssen, gewann die „Cyperance“ den ersten Preis. Die am meisten im königlichen Schloße zu Dobruca zu Ehren des Kaisers 3. August in veranstaltete Jagdpartei fand in dem prachtvoll decorierten indischen Saale statt. Kaiser Wilhelm lag rechts von der Königin; in der Begleitung von Comanich hatte links vom Kaiser Platz genommen. An der Hofstube nahmen außerdem Theil der Prinz und die Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein, der Reichsgraf Graf Hohenberg, die übrigen Mitglieder der Hofkapelle, des Schloßes des Kaisers und mehrere englische Potabilitäten. Der Kaiser ließ heute bei dem Verzuge des Königs des Hochschiffes von Gwos' seinen Reichsgraf von Gwos' im nächsten Jahre in Aussicht gestellt haben. Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe ist mit seiner Gemahlin heute nachmittags in Kiel angekommen. Gleichzeitig trat der kommandierende Admiral Bismarck von der Goltz dort ein. Am Nachmittag ist die Manöverflotte und der russische Kreuzer „Wladimir Monomach“ in den dortigen Hafen eingelaufen.

Berlin, 5. Aug. Fürst Bismarck ist heute nicht mit dem Mittagsessen der Lehrtr. Hof zu empfangen. Zum Empfang des Fürsten hatte sich eine Anzahl bester Herren und Damen nach Spaun abgeben. Die Damen trugen Schätze aus Nöten und Westen. Auch aus Spandau waren einige Neugierige, darunter auch ein Offizier, auf dem Bahndofe erschienen. Die Waldschützen verließen von Anfang an, daß der Fürst den Tag nicht zuhause werde; demnach erwartete man allgemein die Einkehr des Fürsten, um abends natürlich den Heimweg anzutreten. Auf dem hiesigen Stettiner Bahndofe fanden sich schon um 12 Uhr Mengeiter ein, deren Haß allmählich anstieg. Nach einer bei Schluß der Redaktion eingehenden Nachricht reist Fürst Bismarck heute, Sonnabend, morgens 9 Uhr mit Extrazug von Spandau ab, trifft am 12 Uhr in Berlin ein und verweilt dort 1 1/2 Stunden am Schloß des Reichsgrafen, von wo er um 1 1/2 Uhr die Reise nach Barmen fortsetzt.

Gestern haben wir eine Meldung des Madrider „Imparcial“ übernommen, nach der die deutsche Reichsregierung den Kabinetten von Madrid und Rom angezeigt habe, daß sie sich an den in Huelva und Gema stattfindenden Columbus-Feierlichkeiten durch Entsendung eines Schiffes nicht theilnehmen könne, da seine abkömmlich sei. Erstensdarweise können wir uns dahin berichtigen, daß die Theilnahme der deutschen Kreuzer-Korvette „Prinzess Wilhelm“ an den Feierlichkeiten angemeldet ist.

Nach einer Drahtmeldung, die uns aus Hamburg zugeht, verlautet dort, Graf Waldersee werde sofort nach der Rückkehr des Kaisers von demselben in Audienz empfangen werden. Wir vermögen indessen nicht, dieser Meldung besondere Wichtigkeit beizumessen.

sind meistens Großindustrielle, unter diesen wieder gerade viele, welche ein bedeutendes Ausfuhrgeschäft machen. Für die Weltausstellung sprechen sich meistens kleinere Fabrikanten mit beschränktem Absatzgebiete aus. Die meisten Ausbänger zählt die Weltausstellung unter den Textil-Industriellen. Ferner gehören zu den Ausbängern der Ausstellung die pharmaceutischen, chemischen und verwandten Industrien, die Lederwaren- und die Kurzwaaren-Industrie. Am wenigsten Fremde zählt die Ausstellung unter der Montan-Industrie, der keramischen Industrie und den damit zusammenhängenden Gewerben.

Finanzminister Miquel hat schon im vorigen Jahre bei seiner Reise nach den Ostprovinzen das Wort sich entschließen lassen, welche ein bedeutendes Ausfuhrgeschäft machen. Für die Weltausstellung sprechen sich meistens kleinere Fabrikanten mit beschränktem Absatzgebiete aus. Die meisten Ausbänger zählt die Weltausstellung unter den Textil-Industriellen. Ferner gehören zu den Ausbängern der Ausstellung die pharmaceutischen, chemischen und verwandten Industrien, die Lederwaren- und die Kurzwaaren-Industrie. Am wenigsten Fremde zählt die Ausstellung unter der Montan-Industrie, der keramischen Industrie und den damit zusammenhängenden Gewerben.

Bei den Erörterungen über die bevorstehende Steuerreform spielen, wie besprochen, die Grundsteuer-Entscheidungen eine wichtige Rolle. Zu diesen Punkte lassen sich die Berl. Pol. Nachr. anknüpfend officios vernehmen wie folgt:

Die infolge der Grundsteuerregulierung geschuldenen Zuschlagskapitalien, deren Annullation für den Fall des Scheiterns des Gesetzes auf die Grundsteuer insoweit vorgesehen werden soll, als sich das betreffende Grundstück noch im Besitze derselben Familie befindet, belaufen sich für die älteren Provinzen auf nicht voll 30 Mill. M., für die neueren Provinzen auf etwas über 4 Mill. M. Von der ersten Summe entfällt der weit überwiegende Theil auf die hiesigen Landes-Steuer, nur ein ganz verschwindender Bruchtheil auf die beiden westlichen Provinzen. Dabei ist zu beachten, daß bei diesen Angaben der Ausdruck „Grundsteuer“ in dem weitern Sinne des Sprachgebrauchs der Gesetzgebung von 1861 angewendet ist. In jener Gesetzgebung wird unter „Grundsteuer“ die jetzt meist mit diesem Worte bezeichnete Liegenschaftsteuer und die Gebäudesteuer zusammengefaßt. Die Grundsteuer-Einkünfte sind enthalten daher auch die jetzigen Steuern, welche für die Aufhebung von Befreiungen und Bevorzurechtungen auf dem Gebiete der Gebäudesteuer gezahlt sind. Und zwar sind es nicht weniger als 7 Millionen M., welche an solchen Entschädigungen ausschließlich an Städte der hiesigen Provinzen gezahlt sind. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine Fügung der letztgedachten Kapitalien in eben dem Maße in Aussicht zu nehmen ist, wie dies bezüglich der Entschädigungen auf dem Gebiete der Liegenschaftsteuer (Grundsteuer im engeren Sinne) geschehen soll.

Eine Regelung der höheren Mädchenschulen in Preußen ist ein recht erwünschtes Ding, und Graf Zeltz-Trübscher hatte während der kurzen Zeit, wo er sich Kultusminister nannte, dem Preussischen Verein der öffentlichen höheren Mädchenschulen die Zusage erteilt, die Gestaltung des gesamten Mädchenschulwesens in Angriff nehmen zu wollen, hatte sich auch infolge dessen von dem Vereine ins einzelne gehende Vorschläge für eine solche Gestaltung erbeten. Nachdem diese Vorschläge eingegangen waren, trat der Wechsel im Kultusministerium ein. Nunmehr hielt es der Vorstand des Preussischen Vereins für angezeigt, den Nachfolger des Grafen Zeltz, den Kultusminister Dr. Wosse, in einer persönlichen Audienz von Abgeordneten aus seiner Mitte für die Angelegenheit zu gewinnen, und der Bescheid lautet erstreckt.

Dem genannten Verein — so wird der „R.-Ztg.“ berichtet — ist nun von dem Minister zunächst die erfreuliche Bestätigung gemacht worden, daß die Forderung der hiesigen Lage der Mädchenhochschule bereits in der nächsten Zeit erfüllt werden werde; der Gegenstand unterliege schon jetzt den Beratungen seines Ministeriums. Aber auch für die Annahme der Regelung der innern Verhältnisse des Mädchenschulwesens ist es dem Abgeordneten des Preussischen Vereins gelungen den Minister zu gewinnen, nachdem er zunächst geglaubt hat, in dieser Beziehung noch eine abzuwarten Stellung einzunehmen zu können. Einmalig ist schon bald beschlossen, daß eine feste Gestaltung des gesamten Mädchenschulwesens bereits im nächsten Herbst erfolgen solle, falls seitens des Reichs des Kultusministers nicht für die nächste Session des Landtages besonders reichliche Vorlagen erforderlich wären, was nicht wahrscheinlich wäre. Die Beratungen über die von dem Preussischen Verein eingeleiteten Regelmäßigkeitsvorlagen werden demnach unter Zuziehung von preussischen Schulmännern mutmaßlich schon bald beginnen; ihr Ergebnis wird dann die Grundlage für die Krönung des preussischen Mädchenschulwesens bilden.

Berlin, 5. August. S. M. Kreuzerfregatte „Alexandrine“, Kommandant Kapitän zur See v. Franzen, ist am 3. August in Anow eingetroffen und beabsichtigt am 6. August die Kaiserliche Kreuzerfregatte „Leipzig“, Kommandant Kapitän zur See v. Franzen, ist am 4. August in Ploeg eingetroffen und beabsichtigt am 6. August nach Gwos in See zu gehen. S. M. Submarine-U-Boot „Eichhorn“, Kommandant Kapitän zur See Rittermeier, ist am 4. August in Tromsø (Norwegen) eingetroffen und beabsichtigt am 9. August von dort aus die Reise fortzusetzen.









